

Soziale Situation in Rußland: zur soziologischen Diskussion

Bereits seit einigen Jahren führen zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften in Rußland eine unendliche Diskussion darüber, „wohin Rußland steuert“. Die Diskussion trägt einen scholastischen Charakter, ist jedoch von hoher politischer Brisanz, denn verschiedene politische Kräfte nutzen ihre Ergebnisse für eigene Deklarationen über den „besonderen Weg“ Rußlands. Im Rahmen dieser Diskussion wird der Schwerpunkt auf die Analyse und die Einschätzung der heutigen sozialen Situation im Lande gelegt.

Bedauerlicherweise trägt das traditionelle Engagement russischer Gesellschaftswissenschaftler, die Soziologen eingeschlossen, zur Entstellung und Festigung von Mythen bei, die das Verständnis der laufenden Prozesse wesentlich entstellen. Um die aus Rußland kommenden Informationen kritisch einschätzen zu können, muß der westliche Leser nicht nur das analysieren, was dieser oder jener Autor schreibt, sondern auch welches Ziel dieser dabei verfolgt und „gegen wen“ es gerichtet ist. Daher halten wir es für angebracht, der Analyse der Differenzierungsprozesse in der russischen Gesellschaft unbedingt die Differenzierung und Polarisierung der Forscher selbst vorauszuschicken, deren Informationen die Hauptquelle für unsere Vorstellungen über die Transformation der sozialen Struktur der Gesellschaft darstellen.

Im Zuge der Reformprozesse haben sich zwei Gruppen von Soziologen herausgebildet, die die soziale Realität im Lande grundsätzlich unterschiedlich interpretieren. Während die eine Gruppe die Reformpolitik aktiv unterstützt und soziale Veränderungen im Lande optimistisch einschätzt, verlegt sich die andere auf die „Bedienung“ der politischen Opposition, tritt als Gegner der Reformen auf und entwirft katastrophale Szenarien der Entwicklung Rußlands. Beide Richtungen haben sich praktisch institutionalisiert. So bietet

testkundgebungen umzuschlagen. Die Regierung befürchtet, die verfahren Lage schon in den nächsten Monaten in Gift zu bekommen und die Schulden bei Renten, Löhnen und Gehältern zu begleichen, obwohl keiner weiß, wo die erforderlichen Mittel herkommen sollen. Auch der verabschiedete Haushaltsplan der Regierung bietet keinen Ausweg. Er wird von allen für schlecht befunden und sowohl bei den Einnahmen als auch bei den Ausgaben für unerfüllbar gehalten. Aus diesem Grunde macht in letzter Zeit das Wort von der Zwangsverwaltung die Runde.

Nachdem sich Präsident Jelzin von der schweren Krankheit und dem vorangegangenen zermürbenden und sundhaft kostspieligen Wahlkampf erholt hatte, fiel er über die von ihm selbst gebildete und von ihm persönlich kontrollierte Regierung mit einer harschen Kritik für Fehler und Versäumnisse, mangelnde Initiative und Regierungsunfähigkeit her. In die Regierung wurden Jelzins Vertrauter Anatolij Tschubais - ein energischer, jedoch sowohl bei der Opposition als auch bei der Bevölkerung nicht gerade beliebter Verfechter des Liberalismus und „Hauptprivatisator“ des Landes - sowie der populärer Reformler und ehemalige Gouverneur Boris Nemzow berufen.

In seiner Jahresbotschaft verkündete der Präsident als Hauptaufgabe, im Lande Ordnung zu schaffen und Reformen in Gang zu bringen, die es ermöglichen sollen, die akuten sozialen Probleme schnell zu lösen, die andauernde Wirtschaftskrise zu überwinden und einen bestimmten Produktionszuwachs bereits im laufenden Jahr zu sichern. Auch wenn der Weg zur Lösung dieser komplizierten Aufgaben erst gefunden werden muß, eins ist jedoch klar: ohne eine grundsätzliche Änderung des fehlgeschlagenen Kurses, ohne die Zerschlagung der Übermacht der Rohstoffmonopole, die Reformierung des Steuersystems, die Kürzung des aufgeblähten bürokratischen Apparates, die Bekämpfung von Machtmißbrauch, Korruption und der an die Substanz des Landes gebenden Kriminalität, ohne einen bei Einnahmen wie bei Ausgaben realen Haushaltsplan, ohne die Verbesserung des Investitionsklimas und die Wiederbelebung der Investitionstätigkeit, ohne eine progressive Strukturpolitik und Wachstumsförderung, insbesondere in technisch intensiven Bereichen, ohne weitgehende Stärkung des wissenschaftlich-technischen Potentials und eine umgehende Lösung der akuten sozialen Probleme können die gestellten Aufgaben nicht bewältigt werden. Es bleibt zu hoffen, daß die Versprechungen und Beteuerungen nicht wie Luftblasen platzen, sondern zu den schnellst erwarteten Ergebnissen führen. Die Zeit drängt.

* Olga Brednikowa, Viktor Voronkov, Zentrum für Unabhängige Soziologische Studien, St. Petersburg

beispielsweise das prokommunistisch orientierte Institut für sozialpolitische Probleme der Akademie der Wissenschaften Rußlands (AdWR) vor vorbisher eine völlig andere Interpretation der sozialen Realität im Lande an als das - als liberal geltende - Soziologische Institut derselben Akademie.

Daher lassen sich die Fragen: Wie ist die gegenwärtige soziale Situation im Lande? Welche sozialen Gruppen können als „Gewinner“ im Transformationsprozeß und welche als „Verlierer“ bezeichnet werden? Wie ist die wachsende Diskrepanz insbesondere im Einkommensniveau zu bewerten? Welche Ausmaße nimmt die „Verelendung der breiten Bevölkerungsschichten“ an? usw. kaum eindeutig beantworten. Das sind Fragen, die den wichtigsten Problemkomplex des laufenden Reformprozesses betreffen, und zwar, ob es eine kritische Grenze gibt, hinter der die Verarmung der Bevölkerung zu sozialen Unruhen und zu einem erzwungenen Ersatz der Reformpolitik durch eine populistische Strategie führen könnte.

Von der Sowjetunion zu Rußland: Diskussion über die Transformation der „homogenen“ Gesellschaft

In der sowjetischen Ideologie lief das Verständnis der gesellschaftlichen Struktur auf das vereinfachte Modell „2+1“ hinaus: zwei „freundliche Klassen“ (die Arbeiterklasse und die Kolchosbauern) plus eine Zwischenschicht („die werktätige Intelligenz“). Dabei wurde behauptet, die schwach differenzierte sowjetische Gesellschaft liefe sich auf dem Weg zur vollständigen Homogenität, wo es keine grundsätzlichen sozialen Unterschiede mehr geben wird.

Die gegenwärtige Kritik an diesen Vorstellungen ist ziemlich widersprüchlich. Viele Soziologen gehen, auch wenn sie die einst dominierende ideologische Konzeption kritisieren, unbewußt von der früher deklarierten Homogenität des „Sowjetvolkes“ aus. Das in der Publizistik entstandene Bild des „homo sovieticus“, das praktisch auf die gesamte Bevölkerung des Landes ausgedehnt wurde, hält Einzug in die Soziologie und wird von solchen namhaften russischen Soziologen wie z. B. Juri Lewada und Rosalina Rywkina unterstützt. Letztere unternimmt den Versuch, aus der kommunistischen Ideologie der ehemaligen Sowjetunion entsprechende Eigenschaften eines „einfachen Sowjetmenschen“, darunter Unfähigkeit zur Selbstverwaltung, mangelndes Verständnis eigener Interessen, Schmarotzertum, fehlenden Unternehmungsgeist, minimalen Arbeitsleiß, Abneigung gegen Innovationen u. a. m. direkt abzuleiten.

Der wichtigste methodologische Fehler in der laufenden Diskus-

sion hängt mit den Vorstellungen vom einheitlichen repressiven Typus der Sozialisierung der Sowjetbürger zusammen. Es gibt jedoch genügend Beweise für das weitverbreitete Doppeldenken und das Vorhandensein von alternativen Wertesystemen in der damaligen Gesellschaft. Die Struktur der sowjetischen Gesellschaft sollte als eine Gesamtheit sozialer Milieus betrachtet werden, von denen jede einzelne wesentliche Abweichungen vom normativen „sowjetischen“ Milieu, in dem angeblich der „einfache Sowjetmensch“ aufgewachsen ist, aufweist.

Moderne Untersuchungen der Vergangenheit bestätigen diese These mehrfach. So gelangt Wladimir Magun bei seinen Studien zu der Überzeugung, daß die vor Beginn der radikalen ökonomischen Reformen von den Menschen vertretenen Werte in ihrer Mehrheit im Gegensatz zu den Werten des „sozialistischen Kampens“ standen.

Unterschiedliche Reaktionen auf radikale ökonomische und soziale Veränderungen in verschiedenen sozialen Gruppen der sowjetischen Gesellschaft brachten ein breites Spektrum von ökonomischen Strategien hervor und zogen grundsätzliche Veränderungen in der sozialen Struktur nach sich. Man war Zeuge dessen, wie in einer kurzen Zeitspanne ganze soziale Gruppen (z. B. die Kolchosbauernschaft) verschwanden, andere (das Unternehmertum) neu entstanden, die meisten jedoch eine spürbare Transformation durchmachten.

Heute haben die Wissenschaftler keine einheitliche Vorstellung von der Struktur der russischen Gesellschaft mehr. Aber trotz der Vielfalt theoretischer Modelle und Schemata, deren man sich bei der Beschreibung der Gesellschaftsstruktur bedient, lassen sie sich methodologisch zwei zentralen Ansätzen, dem Klassen- und dem Stratifikationsansatz, zuordnen.

Nach dem Klassenansatz bildet die Klasse das Hauptelement des gesellschaftlichen Aufbaus. Der Begriff „Klasse“ existiert traditionell in der marxistischen Theorie, in der UdSSR in einer stark vulgarierten Form. Das Bestehen auf einer Klassenstruktur der Gesellschaft führt dazu, Antagonismus und Unvereinbarkeit der Interessen großer gesellschaftlicher Gruppen zu verabsolutieren. Der Versuch der Interpretation einer qualitativ neuen Situation in Rußland von diesem Standpunkt aus reduziert sich auf die Analyse des Gegensatzes von Arbeit und Kapital. Er mündet in die Schlußfolgerung von der angeblichen Verschärfung der Klassengegensätze in einer Gesellschaft, in der sich eine Konfrontation zwischen arm und reich, eine zunehmende Polarisierung der Gesellschaft, eine Verelendung der breiten Volksmassen u. a. m. abzeichnen. Unserer Mei-

nung nach ist das Erklärungspotential des Klassensatzes für die moderne Gesellschaftsanalyse unzureichend. Seine Verfechter versuchen, die ganze Vielfalt neuer sozialer Lebensformen in das Prokrustesbett formeller Schemata zu zwingen, mit der Konsequenz, daß sie die konkrete Realität weitgehend ignorieren.

Die Vorstellung von der Gesellschaft als einem stratifizierten Raum ist eine Vorstellung von einer hierarchisch geordneten sozialen Ungleichheit dieser Gesellschaft. Als Hauptkriterien der Stratifikation gelten: das politische (die Macht), das ökonomische (Eigentum und Einkommensverhältnisse) und das soziokulturelle Kriterium (Qualifikation, Bildung, Lebensweise und Lebensqualität). Der wichtigste Diskussionsgegenstand für die Verfechter dieser Sichtweise ist die Herausbildung einer Mittelklasse als Garant für die Stabilität der neuen Gesellschaft. Man stützt sich dabei auf fast ein halbes Jahrhundert alte Ausarbeitungen westlicher Soziologen (in erster Linie von Parsons).

Die Diskussion über die Mittelklasse in Rußland verfolgt das Ziel, die sozialen Folgen der Reformen zu Beginn der 90er Jahre zu bewerten. Diesem Thema galt eine ganze Reihe von Forschungsprojekten, in deren Mittelpunkt die Definition der Mittelklasse als solcher stand. Die Diskussion kam jedoch bald fast völlig zum Erliegen, weil die Einkommensverhältnisse als das wichtigste und faktisch einzige Merkmal für die Herausbildung der neuen Schicht angesehen wurden. Alle übrigen Merkmale der Mittelklasse (Bildungsniveau, sozialer Status u. a. m.) wurden weder mit dem Einkommensniveau noch miteinander in Verbindung gebracht. Die Meinungen über das Einkommensniveau unterschiedlicher sozialer Gruppen differierten jedoch stark. Das Entstehen von Stabilitätsinseln in der sozialen Struktur der russischen Gesellschaft konnte von den Diskussionssteilnehmern nicht erklärt werden. Unter diesen Umständen ist jede weitere Diskussion zum Erliegen gekommen. Bedauerlicherweise sind moderne subjektorientierte Methoden zur Untersuchung der Gesellschaftsstruktur praktisch unbekannt, und sie werden auch nicht diskutiert.

Der Mythos von der totalen Verelendung der Volksmassen

Es ist offensichtlich, daß in der derzeitigen Situation in Rußland die soziale Stabilität zum Hauptproblem wird. Von diesem Standpunkt aus sollte die zunehmende Differenzierung der Gesellschaft erläutert werden. Formale statistische Daten ergeben, daß z. B. der Unterschied im Einkommen von 10 Prozent der Reichsten und 10 Pro-

zent der Ärmsten in den Jahren der Reformen von 1 : 3,4 (1985) auf 1 : 26,4 (1995) gestiegen ist.³⁰

Die Befürworter der Wirtschaftsreformen interpretieren die vorhandene Polarisierung als ein Auseinanderdriften der Pole und das Ausfüllen des dabei entstehenden Zwischenraumes mit „Mittelschichten“. Ihre Opponenten behaupten dagegen, daß die Reformen zu einer Massenverelendung und Pauperisierung der Bevölkerung sowie zur Absenkung des Lebensniveaus bei 90 bis 95 Prozent der gesamten Bevölkerung führen. Die Gegner des von der Regierung eingeleiteten Reformkurses, die die Diskussion über die „Verelendung der Volksmassen“ auslösten, sprechen von einer starken Polarisierung in der russischen Gesellschaft, was zur Herausbildung einer sozialen Struktur führt, vergleichbar mit der in den Ländern der Dritten Welt (an einem Pol eine Handvoll Superreicher, am anderen – die in Armut und Not lebende Mehrheit der Bevölkerung). An der Stelle der „Mittelklasse“ sieht Rimaschewskaja ein „schwarzes Loch“.³¹

Neben anderen Äußerungen des vorherrschenden Katastrophenbewußtseins in Rußland ist die Armut zu einem Axiom geworden. Die Erforschung dieses Phänomens beschränkt sich jedoch fast ausschließlich auf Meinungsumfragen. Man diskutiert vornehmlich qualitative Kriterien der Armut, die man zum Einkommensniveau in Beziehung setzt. Gelegentlich werden die Ausmaße der Armut nur aufgrund der Schätzungen der Befragten selbst bewertet.

Eine theoretische Diskussion über die Konzeptionen der Armut fehlt praktisch vollends, selbst der Definition der Armut wird praktisch keine Bedeutung beigemessen, obwohl davon beispielsweise die Ermittlung der Ausmaße der Armut abhängt. Daraus leitet man jedoch bekanntlich Prognosen über die Erfolgchancen der Reformen und Stabilisierungsmaßnahmen ab, daraus werden Schluffolgungen über die soziale Ungleichheit gezogen, werden Gefahren potentieller sozialer Proteste eingeschätzt, wird konkrete Sozialpolitik erarbeitet.

Die Angaben darüber sind höchst widersprüchlich. Die russische Diskussion über die „Massenverelendung“ artet eher in einen ideologischen Schlagabtausch aus, wobei die vorhandenen Daten, wie bereits erwähnt, je nach politischen Neigungen interpretiert werden.

30 Vgl. N. Rimaschewskaja, Soziale Folgen der ökonomischen Transformationen in Rußland, in: Soziologische Untersuchungen, Heft 6/1997, S. 58.

31 Ebd., S. 59.

Nach unterschiedlichen Quellen fallen 10 bis 80 Prozent der Bevölkerung unter die Kategorie der Armen. Die zu beobachtende Vorliebe der Analytiker für negative Einschätzungen hat eine politische und moralische „Skandalisierung“ des Themas zur Folge, und nicht eine sorgfältige Analyse der Zuverlässigkeit der vorhandenen Daten.

Es ist nicht uninteressant, die Angaben des Allrussischen Zentrums für öffentliche Meinungsforschung (WZIOM) zu analysieren. Im Laufe vieler Jahre antworteten 25 % der Befragten auf die Frage „Würden Sie an Protestkundgebungen und Demonstrationen gegen die Erhöhung der Preise und Senkung des Lebensniveaus teilnehmen?“ stets mit „Ja“. Laut Statistik wachsen die Preise unentwegt weiter, das Lebensniveau sinkt, es ist jedoch keine ernstzunehmende organisierte Protestbewegung im Lande zu beobachten.

Die Soziologen wissen, daß es zwischen der fixierten Meinungsäußerung und dem konkreten Verhalten der Bürger keine Übereinstimmung gibt. Es ist jedoch auf jeden Fall lohnenswert, herauszufinden, was sich hinter den besorgniserregenden Statistiken und den Ergebnissen der Umfragen verbirgt, auf die sich die Analytiker in erster Linie stützen.

Die Interpretation dieser Daten kann unterschiedlich sein: Es kann entweder heißen, daß trotz des sinkenden Lebensniveaus eine schweigende Billigung (oder zumindest eine gewisse Duldung) der Regierungspolitik besteht, oder aber daß die Ausmaße der Verelendung der Bevölkerung stark übertrieben werden.

Die Einschätzung der Armut in Rußland ist wegen unzureichend zuverlässiger Forschung äußerst schwierig. Auf jeden Fall sind ihre Ausmaße übertrieben. Ergebnisse unserer eigenen Untersuchungen geben Grund zu der Behauptung, daß sie keinen totalen Charakter trägt. Mehr noch, die Möglichkeit der daraus resultierenden sozialen Unruhen ist fast Null. Die Chancen jedes einzelnen auf dem entstehenden Markt sind niedrig, außerdem darf das Wandlungsvermögen der „sozialistischen Mentalität“ auf keinen Fall unterschätzt werden. Die Bevölkerung paßt sich den neuen Bedingungen schnell an und entwickelt effektive ökonomische Verhaltensstrategien.

Moralische Basis für Katastrophenszenarien

Es ist zu einer Norm geworden, die Entwicklung in Rußland in den letzten Jahren als dramatisch zu empfinden und pessimistische Prognosen anzustellen. Es besteht der begründete Verdacht, daß sich der reale soziale Raum vom soziologischen Befund stark unterscheidet, der aus der Analyse von drei Informationsquellen über die

Transformationsprozesse in Rußland hervorgeht: Statistik, Presse und Meinungsumfragen.

In soziologischen Publikationen dominiert die politisch-normative Bewertung die wissenschaftlich-theoretische eindeutig. Der moralische Trend in der Diskussion über die Chancen der Transformation in Rußland resultiert aus dem Übergewicht journalistischer Informationen gegenüber soliden soziologischen Forschungsergebnissen. Daher ist es so schwierig, die in der öffentlichen Diskussion verbreiteten Mythen zu überwinden und eine solide systematische Forschung auf diesem Gebiet einzuleiten.

Aufmerken läßt, daß manche Soziologen leicht Hypothesen zustimmen, die offen oder versteckt in der öffentlichen Diskussion der Massenmedien aufgestellt werden, was eine vorweggenommene Bewertung der Transformationsprozesse nach sich zieht. Und es ist natürlich, daß Presseberichte über die soziale Situation in Rußland darauf abzielen, das Interesse für die Zeitung zu wecken, und daher unvermeidlich extreme Szenarien thematisieren. Aus diesem Grund erhalten soziale Studien eine eindeutige Schlagseite, wobei Beschreibungen der extremsten, schlimmsten Situationen bevorzugt werden. Was die Statistik anbelangt, so korrelierte sie auch schon zur Sowjetzeit, als der Staat die totale Kontrolle über die Gesellschaft für sich in Anspruch nahm, nur schwach mit der Realität. Die jüngsten Untersuchungen haben ergeben, daß statistische Daten in einigen Lebensbereichen erheblich vom realen Sachverhalt abweichen. Heute steckt die Statistik als Institution in einer ersten Krise, daher ist es zumindest unvorsichtig, ihren Angaben unbesehen Glauben zu schenken.

Typische Beispiele für die Bestätigung dieser Einschätzung sind Angaben über die Einnahmen der Bevölkerung bzw. die Arbeitslosigkeit. Einerseits machen die beim Arbeitsamt gemeldeten Arbeitslosen lediglich einige wenige Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung aus. Die Analytiker nehmen jedoch an, daß die realen Zahlen viel höher liegen (unter Berücksichtigung der versteckten Arbeitslosigkeit). Andererseits „verliert“ die Statistik Hunderttausende von Menschen, die aus dem formalen Beschäftigungsverhältnis ausscheiden, ohne sich arbeitslos zu melden. Unsere Erhebungen zeigen, daß die Beschäftigung in der Schattenwirtschaft finden und auf die karge Arbeitslosenunterstützung verzichten. Viele von denjenigen, die beim Arbeitsamt doch gemeldet sind, realisieren zur gleichen Zeit erfolgreich eigene Strategien in derselben Schattenwirtschaft. So geschehen läßt sich der reale Sachverhalt aufgrund vorliegender statistischer Angaben schwer beurteilen.

Noch weniger akzeptabel sind die Angaben über die Einnahmen der Bevölkerung. Da die Ausmaße der Schattenwirtschaft auf 45 Prozent der Gesamtproduktion im Lande geschätzt werden,³² ist es einleuchtend, daß die Mehrheit der Bürger ihre Einnahmen bei weitem nicht aus dem von der Statistik erfaßten formalen Sektor bezieht. Somit sind die aus den statistischen Angaben gezogenen Schlüsse wenig überzeugend.

Das Gros der Artefakte entsteht aus soziologischen Meinungsforschungen. Die Ergebnisse der Umfragen, die Meinungen und Erwartungen der Bürger hinsichtlich politischer und ökonomischer Veränderungen widerspiegeln und die Grundlage für soziologische Studien bilden, sind höchst widersprüchlich bzw. nicht allzu ergiebig. Will man auf das von den Panikmachern geliebte Phänomen der „Massenverelendung“ zurückgreifen, das angeblich zur Polarisierung (Massenarmut, Marginalisierung usw. usw.) führt, so scheinen die Umfragen auf den ersten Blick diese These zu bestätigen. Viele der Befragten stimmen der in den Fragebögen suggerierten Vorstellung zu, in Rußland mache sich das Elend breit und sie selbst würden „unter der Armutsgrenze“ leben. Betrachten wir jedoch die soziologischen Angaben näher. Im Monitoring des o.g. WZtOM werden in folgender Reihenfolge drei Fragen über die Wirtschaftslage a) in Rußland, b) in der Stadt (im Rayon), wo der der Befragte lebt, und c) in der Familie des Befragten selbst gestellt. Die Mehrheit der Befragten (79 %) ist überzeugt, daß in Rußland Armut herrscht. Zugleich meinen jedoch nur 68 %, daß in ihrer Heimatstadt die Menschen in Armut leben, und weniger als 54 % halten sich selbst für arm.

Was folgt daraus? Die Meinungen über die Situation in Rußland werden von den Massenmedien und analogen Umfragen geformt, die, wie bereits erwähnt, dazu neigen, die Lage zu dramatisieren. Über die wahren Ausmaße der Armut in der eigenen Stadt können die Einwohner selbst am adäquatesten urteilen, obgleich auch sie unter dem Einfluß derselben Massenmedien stehen. Die eigene Situation wird als gut eingeschätzt, obwohl hier nicht auszuschließen ist, daß man nicht immer ganz ehrlich ist. In unseren Interviews gaben die Informanten, die uns vertrauten, zu, daß es ihnen ganz gut geht, fielen sich jedoch eher für eine Ausnahme. In formalen Interviews neigten sie jedoch dazu, sich als arm zu bezeichnen („Es ist irgendwie peinlich, zu sagen, daß es einem gut geht, wo doch ganz Rußland Hungerleidet“, meinte einer unserer Gesprächspartner).

Ein Teil der russischen Soziologen, die sich für „Verlierer“ im Prozeß der Reformen und der Zerstörung gewohnter Normen und Werte halten, verknüpft eigene Befindlichkeit mit Presseberichten, statistischen Daten und Ergebnissen der Meinungsforschung, was Katastrophenvisionen verständlich macht. Um so schwerer fällt es dem westlichen Leser, die russische Wirklichkeit anhand der Presseberichte oder der veröffentlichten Befunde russischer Soziologen zu verstehen.

Resümee

Es war nicht das Ziel dieses Beitrags, den westlichen Leser darüber aufzuklären, wie die heutige soziale Situation in Rußland zu Veränderungen in der Gesellschaftsstruktur führt. Derartige Beschreibungen gibt es in der modernen russischen Literatur zur Genüge, und diese sind, wie bereits erwähnt, reichlich widersprüchlich, so daß eine weitere Stellungnahme kaum zur Klärung der Sachlage beitragen würde.

Es ging uns darum, darauf hinzuweisen, wie kompliziert es ist, ein adäquates Bild von der russischen Realität zu zeichnen, da die Angaben, auf die sich die Analytiker stützen, dem „realen Stand der Dinge“ nicht adäquat sind. Einerseits liegt das an den objektiven Schwierigkeiten der Forschungsarbeit in einer sich schnell wandelnden Gesellschaft, in der sich ein großer Teil der Entwicklungsprozesse in Schattengebieten abspielt, die für den Forscher schwer zugänglich sind.

Andererseits schaffen die Traditionen der sowjetischen Soziologie, die Verabsolutierung der quantitativen Forschungsmethoden wie auch politische Neigungen der Soziologen subjektive Schwierigkeiten für das Verständnis der Geschehnisse. Da es an ernsthaften Forschungsarbeiten mangelt, ist der Leser gezwungen, die russische Realität aus indirekten Fakten zu rekonstruieren. Deshalb haben wir versucht, einen kurzen Überblick über die unterschiedlichen Diskussionsstandpunkte und Positionen vorzulegen, deren unvoreingenommene Analyse helfen soll, den publizierten Materialien kritischer zu begegnen.

Ohne die Schwierigkeiten in der heutigen sozialen Situation in Rußland zu bagatelisieren, schätzen die Verfasser sie dennoch optimistischer ein, als sie in einschlägigen Publikationen beschrieben wird.

³² Bericht des Insekonoministers Kudakow, im *Iswestija*, 04. 07. 1997.